



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/MI/259 - 9. November 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Defizit im Bundeshaushalt 1957 ?	S. 1
Notizen aus Belgien	S. 4
Über die missbräuchliche Anwendung des Ordnungsrufes, von Dr. Adolf Arndt, MdB.	S. 5
Die "Kölnische Rundschau" und die Asien- reise Ollenhauers	S. 7

Die Sorgen des Bundesfinanzministers

Von H.G. Ritzel, MdB.

Der Bundesfinanzminister hat dem Kabinett einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1957 enthält. Der Haushaltsplanentwurf ist diesmal nicht ausgeglichen. Nach dem Grundgesetz ist aber der Minister verpflichtet, einen Ausgleich vorzuschlagen. Nach Pressenotizen kündigte er an, dass er wegen des Ausgleichs Vorschläge zu machen habe, die ausserordentlich und ungewöhnlich seien. Auf diese Vorschläge kann man nur gespannt sein. Sie werden sich kaum in Richtung einer Senkung der Ausgaben für das Verteidigungsministerium bewegen. Unterrichtete Kreise erklären, dass es sich bei den Deckungsmassnahmen des Finanzministers nicht um neue Steuererhöhungen oder um die Erhöhung der Ergänzungsabgabe handelt. Der Bund hat bekanntlich gesetzlich das Recht, einen Bundeszuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erheben; von diesem Recht hat er bisher keinen Gebrauch gemacht.

Durch die Disposition zugunsten des Verteidigungsministeriums löst der Bundesfinanzminister in aller Stille und ganz systematisch den sogenannten Juliusturm auf und zur besseren Durchsetzung seiner neuen Haushaltsvorschläge bewegt er sich an Rande des Defizits, um jene Ausgabeerhöhungen zu bekämpfen, die ihm nicht recht sind. Andere Ausgabeerhöhungen, die dem Finanzminister sympathisch sind, werden von seinen Vorschlägen aller Voraussicht nach nicht entscheidend be-

9. 11. 1956

treffen werden.

Schon vor Jahren habe ich auf die Belastung des ordentlichen Haushaltes durch die vermögenswirksamen Ausgaben hingewiesen. Wenn wir die Schuldenlast der deutschen Gemeinden und eines Teiles der deutschen Länder mit der Verschuldung der Bundesrepublik vergleichen und wenn wir die Unbeweglichkeit, um nicht zu sagen, die Starrheit zahlreicher Gemeindenhaushalte betrachten, dann finden wir, dass der Bund vergleichsweise gerade auf dem Gebiete der vermögenswirksamen Ausgaben zu Lasten ordentlicher Steuereinnahmen eine wahrhaft grosszügige Wirtschaft betreiben konnte; während in den Gemeinden aller Grössenklassen vermögenswirksame Ausgaben, also Ausgaben, die einen dauernden Vermögenszuwachs begründen, vielfach nur zu Lasten von Kapitalaufnahmen und damit im ausserordentlichen Haushalt finanziert werden können, hat sich der Bund bis zuletzt in grosszügiger Weise Milliardenwerte unmittelbar aus laufenden Einnahmen geschaffen.

Wenn wir zum Beweis dieser Feststellung nur auf die Inanspruchnahme des ordentlichen Haushaltes in einem einzigen Rechnungsjahr, dem laufenden Rechnungsjahr 1956, heranziehen, dann finden wir, dass die Kosten für Neubauten, Um- und Erweiterungsbauten sowie für Grunderwerb allein in 1956 zu Lasten des ordentlichen Haushaltes, also der direkten Steuereinnahmen mit 756,79 Mio DM geplant sind. Darunter gibt es gewiss Ausgaben, die nicht ohne weiteres als vermögenswirksam zu bezeichnen sind, aber sie bleiben entschieden in der Minderheit. Vermögenswirksame Ausgaben, die vergleichsweise in Gemeinden und Ländern nur durch Schuld aufnehmen finanziert werden können, stecken im ordentlichen Haushalt 1956 in grossem Ausmass. Wir nennen hiervon einige:

Im Haushalt des Auswärtigen Amtes sind 4,5 Mio DM für die Dienstgebäude der Auslandsvertretungen zur Deckung durch Steuereinnahmen eines Rechnungsjahres vorgesehen.

Im Haushalt des Bundesministers des Innern sind 1,5 Mio DM für den Ausbau des Max-von-Pettenkofer und des Robert-Koch-Institutes des Bundesgesundheitsamtes in Berlin vorgesehen, ferner 10 Mio DM für den Neubau von 3 Luftschutzwarnärtern, 4,5 Mio DM für den Neubau für 6 Luftbeobachtungsabteilungen, 15,3 Mio DM für Neubauten und Grunderwerb zugunsten des Bundesgrenzschutzes, 2,5 Mio DM für bauliche Luftschutzmassnahmen, 2,6 Mio DM für Schliessstände des Bundesgrenzschutzes.

Im Bereich des Bundesministeriums des Innern werden zu Lasten eines einzigen Rechnungsjahres im ordentlichen Haushalt 2,5 Mio DM für den Erweiterungsbau des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe

und 10,5 Mio DM eines weiteren Teilbetrages für den Neubau des Dienstgebäudes für das Deutsche Patentamt in München vorgesehen.

Im Bereich des Bundesministeriums der Finanzen selbst sind 11,4 Mio DM für Dienstgebäude der Zollverwaltung und 28,8 Mio DM für Bauvorhaben der Bundesvermögensverwaltung in Vorschlag gebracht. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde im Haushaltsjahr 1956 mit rund 4 Mio DM für Neu- Um- und Erweiterungsbauten sowie Grunderwerb bedacht, darunter mit 1,6 Mio DM für den Neubau eines Dienstgebäudes der Bundesforschungsanstalt für Fischerei in Hamburg.

Das Bundesverkehrsministerium ist mit 571,5 Mio DM zu Lasten des ordentlichen Haushalts berücksichtigt. Darunter befinden sich Ausgaben für Neubauten von Dienst- und Werkgebäuden der Binnenwasserstrassenverwaltung und der Seewasserstrassenverwaltung sowie Bauvorhaben an Bundesstrassen und Bundesautobahnen, ferner zugunsten des Deutschen Wetterdienstes und der Um- und Erweiterungsbau der Bundesanstalt für Flugsicherung.

Im Rahmen der Verteidigungslasten erscheinen als ordentliche Ausgaben für Bauvorhaben für die Stationierungstreitkräfte 84,8 Mio DM, ferner für Bauvorhaben der Bundesversorgungsverwaltung 7,4 Mio DM und schliesslich für Neu- und Umbauten von Dienstgebäuden der allgemeinen Finanzverwaltung in Bonn 2 Mio DM.

So treten nahezu 766 Mio DM zu Lasten des ordentlichen Haushalts in Erscheinung, die aus laufenden Steuereinnahmen einen dauernden Vermögenszuwachs begründen. Es ist kein Wunder, dass, nachdem dieses System jahrelang gepflegt wurde, für wirklich dringliche laufende Ausgaben keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen, weil der Etat im ordentlichen Haushalt mit Ausgaben belastet wird, die in den ausserordentlichen Haushalt gehören und weil der Bundesfinanzminister im Gegensatz zu Gemeinden und Ländern es verstanden hat, den ausserordentlichen Haushalt im übrigen jeweils durch Zuweisungen aus dem ordentlichen Haushalt auszugleichen.

Wenn nunmehr ein defizitärer Abschluss des gesamten Haushaltes für 1957 droht, dann wird man sich, bevor man irgendwelchen Steuererhöhungen oder dem Abbau von Sozialleistungen zustimmt, prüfen müssen, welche Entlastung des ordentlichen Haushaltes durch eine Verschiebung vermögenswirksamer Ausgaben auf den ausserordentlichen Haushalt möglich ist. Findet man für den ausserordentlichen Haushalt keine geeigneten Deckungsmöglichkeiten, dann wird man wohl oder übel auch im Bund einmal dasselbe tun müssen, was man in der kommunalen Selbstverwaltung schon seit Jahr und Tag übt: Man wird sich nach der Decke strecken und Ausgaben unterlassen müssen, für die man kein Geld hat und wegen derer man den Steuerzahler nicht noch mehr belasten darf.

Nach Adenauer - Grandval ...

pt. Brüssel

Als nächste "weltpolitische" Persönlichkeit hatten die Brüsseler "Grossen Katholischen Konferenzen" nach Adenauer, der bekanntlich die Katholischen Konferenzen als einziges öffentliches Podium bei seinem Brüsseler Besuch auserwählt hatte, den zur Genüge bekannten früheren französischen Oberkommissar für das Saargebiet, Grandval, zu einem Vortrag eingeladen.

Fast alle katholischen Würdenträger Belgiens waren zu dem Vortrag erschienen und begrüßten Grandval mit fast frenetischem Beifall. Grandval sprach über Nordafrika. Er verteidigte sowohl die Politik Frankreichs gegen die algerische Freiheitsbewegung wie den Angriff auf Ägypten, wobei er das Gewaltvorgehen Frankreichs als "Rettung der europäischen christlichen Zivilisation vor dem imperialistischen Islam" hinstellte. Grandval benutzte auch die Gelegenheit zu einem indirekten Lob für den deutschen Bundeskanzler, der in der Saarfrage den europäisch-christlichen Standpunkt mit ihm geteilt hätte, wenn es ihm möglich gewesen wäre...

Vorsichtig, aber deutlich verurteilte er die Gewahrung der politischen Unabhängigkeit an Marokko und Tunesien und versuchte zu beweisen, dass die gegenwärtige "Unruhe" in Nordafrika durch die "nachgiebige" Politik schwacher Pariser Regierungen verursacht worden sei. Er wies auf das Zurückziehen des französischen Kapitals aus Marokko und Tunis hin, das er für berechtigt hielt und versuchte, den ständigen Verbleib Frankreichs in Algier zu rechtfertigen. -

Belgien hat sich übrigens, worauf in diesem Zusammenhang hingewiesen zu werden verdient, bei den Abstimmungen im Sicherheitsrat über das israelisch-englisch-französische Abenteuer der Stimme enthalten. Die Meinung der katholischen Presse Belgiens ist in der Frage jedoch geteilt und von seiten sozialistischer und gewerkschaftlicher Kreise wird auf den sozialistischen Aussenminister Henri Spaak, der inzwischen von einer Reise nach Russland zurückkehrte, ein Druck dahingehend ausgeübt, dass Belgien sich bei der weiteren Behandlung der Suezaffäre im Sicherheitsrat der UNO der verurteilenden Stellungnahme der Mehrheit der Mächte anschliesst. Spaak liess bei einem Presseempfang bei seiner Rückkehr die Frage offen, ob er sich selbst zu den weiteren Verhandlungen des Sicherheitsrates nach New York begeben werde.

Zensur im Bundestag !

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

In der aussenpolitischen Debatte wurde von Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion wiederholt versucht, den Abgeordneten Dehler am Reden zu verhindern oder ihn durch angebliche "Fragen" und herausfordernde Zwischenrufe aus dem Konzept zu bringen. Es ist schade, dass Präsident und Ältestenrat des Bundestages - gegen den Widerspruch allein der SPD - das Fernsehen nicht zugelassen hatten. Die CDU/CSU hatte ihre Ablehnung des Fernsehens damit begründet, der Bundestag sei "kein Theater". Nun, die Aufführung einiger CDU/CSU-Abgeordneter gegenüber Dehler war Theater. Wo hatte da der Präsident seine Augen? Wie wohlthuend wäre es gewesen, hätte er einige seiner Parteifreunde ermahnt, sich etwas gesitteter zu betragen und auch den Andersdenkenden anzuhören.

In dieser Lage wurde der Abgeordnete Dehler von einem begrifflichen Zorn gepackt und hielt dem CDU-Abgeordneten Scharrnberg vor, dass Scharrnberg sich als "Totengräber der Demokratie" verhalten habe, eine Anspielung auf das von Scharrnberg erfundene und angestrebte Grabensystem-Wahlrecht, das in der Tat ein Grab der Demokratie geworden wäre. Wegen des Ausdrucks "Totengräber der Demokratie" erteilte Präsident Dr. Jaeger nachträglich Dehler einen Ordnungsruf. Dazu bemerkte ich "Das ist Zensur", was auch mir einen Ordnungsruf eintrug.

Der Vorwurf, ein "Totengräber der Demokratie" zu sein oder sich einmal so verhalten zu haben, ist gewiss hart, aber er stellt keine persönliche Verunglimpfung dar, sondern enthält ein rein politisches Werturteil, ist eine politische Kritik an der politischen Haltung eines anderen Parlamentariers. Ein Ordnungsruf jedoch darf unter keinen Umständen dazu dienen, eine politische Meinung zu unterdrücken. Eine Störung der Ordnung oder der Würde des Bundestages kann allein darin gefunden werden, dass die unzulässige Form eines Gedankens sich nicht mit seinem sachlichen Gehalt deckt oder der Gegner als Person beleidigt wird. Das aber kam hier gar nicht in Betracht, weil der Abgeordnete Dehler offenkundig seine politische Überzeugung aussprach, wie er die Wahlrechtsbestrebungen Scharrnbergs bewertet. Diese politische Meinung mag man teilen oder verwerfen, keinesfalls jedoch darf man

sie verbieten, Es ist nicht das Amt des Präsidenten, eine Zensur darüber auszuüben, ob er eine politische Meinung für statthaft hält oder nicht.

Bedauerlicherweise sind diese selbstverständlichen Grenzen des Präsidentenamtes nicht immer gewahrt worden. Der Ordnungsruf droht zu einer Waffe gegen oppositionelle Mitglieder des Bundestages zu werden, was sich auch darin zeigt, dass Abgeordnete der Minderheit - manchmal, wie in den Fällen der Abgeordneten Prof. Dr. Gülich und Dr. Greve, aus den wichtigsten Anlässen - zur Ordnung gerufen wurden. Die unrechtmässigen Ordnungsrufe durch Einspruch anzufechten, über den das Plenum entscheidet, hat sich als sinnlos erwiesen, seitdem die Mehrheit wiederholt nicht aus sachlichen Erwägungen und mit dem Blick auf das Ganze, sondern aus Kameraderie mit "ihrem" Präsidenten oder aus Parteilichkeit über den Einspruch hinwegging. Selbstverständlich antworten diese Misstände den Ordnungsruf und lassen ihn zu einer ehrenvollen Marke werden.

Es wäre wünschenswert, dass die von der grössten Fraktion gestellten Präsidenten sich mit den Sitzungsberichten des britischen Unterhauses vertraut machen würden. Eine gute Einführung dazu gibt Harold Nicholsons Buch über den Wiener Kongress, das die englischen Parliamentsdebatten jener Zeit auszugsweise darstellt. Oder wieviel Ordnungsrufe hätte Hugh Gaitskell für seine leidenschaftlichen Anklagereden gegen Edeis Nahost-Aggression bekommen müssen, - hätte er nicht in London, sondern in Bonn gesprochen!? Es ist undenkbar, dass der Speaker des Unterhauses das politische Verurteil, jemand habe sich als "Totengräber der Demokratie" betätigt, als unzulässig zu zensieren unternehmen würde.

Immer wieder muss man mit Besorgnis beobachten, wie wenig noch bei uns der Sinn für die Freiheit der Rede entwickelt ist.

Irreführung der Öffentlichkeit

ler. Die "Kölnische Rundschau" und auch andere CDU-Zeitungen berichteten dieser Tage, die SPD habe ihren Vorsitzenden Erich Ollenhauer gebeten, wegen der angespannten internationalen Lage unverzüglich seine Asientour zu unterbrechen und nach Bonn zurückzufahren. Ollenhauer habe, hiess es in dem gleichen Bericht, dieses Ersuchen abgelehnt, "was in sozialdemokratischen Kreisen sehr verstimmt haben soll."

Diese Meldung ist glatt erfunden, denn weder hat die SPD Ollenhauer zur Rückkehr aufgefordert, noch konnte dieser, da eben an ihn eine solche Aufforderung nicht erging, sie ablehnen, noch konnte, da das erste und zweite nicht zutraf, irgendwelche "Verstimmung in sozialdemokratischen Kreisen" herrschen. Am gleichen Tag, da die "Kölnische Rundschau" aus allzu durchsichtigen Gründen diese Phantasiemeldung veröffentlichte, hat der Vorstand der SPD in einem Telegramm an seinen Vorsitzenden die ausserordentliche Bedeutung dieser Reise für die Völkerverständigung und für ein besseres Verhältnis zwischen den freiheitsliebenden Kräften Asiens und Europas hervorgehoben.

Die deutsche Sozialdemokratie steht, zum Unterschied von der Kanzlerpartei, nicht auf zwei Füßen. Es geht bei ihr nicht drunter und drüber, wenn einmal für längere Zeit ihr Vorsitzender ausser Landes weilt. Dass Ollenhauer gerade in dieser Zeit Tuchfühlung mit den politisch wichtigen Kräften und Persönlichkeiten in diesem Teil der Erde nimmt - in dem ein Drittel der Menschheit leben - kann sich für die deutsche Politik und nicht nur für sie allein als ein Segen erweisen. Er reist als Repräsentant einer grossen Partei eines Volkes, das nicht durch die Sünden des Kolonialismus belastet ist und das allen Grund hat, einer durch diese Belastung bedingte Entfremdung zwischen den europäischen und asiatischen Völkern entgegenzuwirken.

Die führenden Kräfte dieser Völker vernehmen die Stimme eines Deutschen und eines demokratischen Sozialisten, die mit dem vollen Gewicht, das dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie zukommt, ihnen sagen kann, dass auch in unserem Volke mächtige Strömungen wirksam sind, dem Hass, der Verblendung und der nationalen Engstirnigkeit zu steuern. Diese Tatsache allein hat schon ihre in die Zukunft weisende Bedeutung.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau